



Niederschrift

**über die Sitzung
des Sozialausschusses
am 15.05.2018**

Anwesend

- Vorsitz

Dr. Eckart Lensch

- Mitglieder

Dr. Barbara Both in Vertretung für Uta Schmitt
Alexandra Gill-Gers
Waltraud Hingst
Horst Hof
Ruth Jaensch
Walter Konrad
Karsten Lange
Myriam Lauzi
Kurt Mehler
Martin Schykowski
Claudia Siebner
Ute Wellstein in Vertretung für Christian Viering
Ayse At
Ludwig Braun
Kerstin Bub

- beratende Mitglieder

Jens Carstensen
Kerstin Diefenbach
Peter Reuter in Vertretung für Georg Steitz
Diana Rizkalla

Entschuldigt fehlen

Klaus Hafner
Ann Kristin Pfeifer
Uta Schmitt
Heinz-Werner Stumpf
Christian Viering
Sissi Westrich
Gaby Göbig-Fricke
Georg Steitz

- Schriftführung

Eric Kuhn

Tagessordnung

a) öffentlich

1. Sachstandsbericht zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in der Landeshauptstadt Mainz (Stadtratsbeschluss 0775/2010 in Verbindung mit 0329/2011 und 228/2014)
2. Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln
3. Mündlicher Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation
4. Mündlicher Sachstandsbericht zur Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge
5. Vorstellung "Miteinander für Integration in Mainz - Ehrenamtsbündnis für Flüchtlingsarbeit"
6. Vorstellung des Konzeptes zur Ehrenamtsförderung und -beratung des Diakonischen Werks Mainz-Bingen
7. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 06.03.2018
8. Mitteilungen

Der Vorsitzende eröffnet um 16.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 1 **Sachstandsbericht zur Umsetzung der UN- Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in der Landeshauptstadt Mainz** **Vorlage: 0671/2018**

Herr Quick, Sozialplanung, stellt den Sachstandsbericht bezüglich der Umsetzung der UN-Behindertenkonvention in der Landeshauptstadt Mainz vor und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder. Der Sachstandsbericht zeigt, dass in allen Handlungsfeldern erhebliche Fortschritte erzielt werden konnten. Der Bericht wird auch am 30.05.2018 im Psychiatriebeirat vorgelegt werden. Seitens des Ausschusses wird angeregt, künftig auch den Seniorenbeirat mit einzubinden und Belange von chronisch erkrankten Menschen zu berücksichtigen.

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen. Eine erneute Berichterstattung erfolgt in drei Jahren.

Punkt 2 **Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln für die Tilgung von Investitionskosten nach Auflösung der Gemeinschaftsunterkunft Wilhelm-Quetsch-Straße an die Wohnbau** **Vorlage: 0728/2018**

Der Sozialausschuss nimmt von folgendem Beschluss Kenntnis:

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen beschließt, nach Kenntnisnahme des Sozialausschusses, die überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 202.921,43 € im Haushaltsjahr 2018.

Punkt 3 **Mündlicher Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation**

Der Amtsleiter des Amtes für soziale Leistungen, Herr Hensel, berichtet über die aktuelle Entwicklung im Flüchtlingsbereich. Momentan sind in den Gemeinschaftsunterkünften 1531 Plätze belegt, das sind 35 Plätze weniger als zum Stand März. Davon befinden sich zwei Drittel der Asylbewerber im Leistungsbezug nach SGB II; Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden von einem Drittel der Personen bezogen. Aktuell liegen die Zahlen der Neuzuweisung von Asylbewerbern bei durchschnittlich 27 Personen pro Monat. Die Anzahl der Personen, die die Unterkünfte verlassen, liegt im Schnitt bei 44 Personen. Die Anzahl der freiwerdenden Plätze reduziert sich jedoch durch Geburten oder Wiederaufnahmen, so dass die monatlich frei werdende Kapazitäten gering sind. Die weitere Entwicklung ist nun über die Sommermonate zunächst abzuwarten und bei der Entscheidung über weitere Unterkunftslösungen zu berücksichtigen.

Punkt 4 **Mündlicher Sachstandsbericht zur Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge**

Seit dem 01.07.2017 läuft das Verfahren zur Ausgabe der elektronischen Gesundheitskarte an Flüchtlinge. Bisher ist noch keine Abrechnung von Krankenhilfeleistungen seitens der IKK-Südwest erfolgt. Daher können momentan noch keine Aussagen zu der Entwicklung der Kosten getroffen werden.

Punkt 5 **Vorstellung "Miteinander für Integration in Mainz - Ehrenamtsbündnis für Flüchtlingsarbeit"**

Herr Oldenstein, Flüchtlingskoordination, stellt das Bündnis „Miteinander für Integration in Mainz – Ehrenamtsbündnis für Flüchtlingsarbeit“ vor. Es setzt sich aus 22 Organisationen zusammen, die ihre Arbeit enger verbinden und zusätzlich neue Ehrenamtliche gewinnen wollen. Hierzu soll die Werbung über Social Media und an den Hochschulen vorangetrieben werden, Flyer und Plakate werden in der Stadt verteilt. Aktuell liegt der Fokus schwerpunktmäßig auf der Betreuung von Flüchtlingen. Es sollen auch weiterhin kostenfreie Qualifizierungsmaßnahmen als weitere Anreize angeboten werden.

Punkt 6 **Vorstellung des Konzeptes zur Ehrenamtsförderung und -beratung des Diakonischen Werks Mainz-Bingen**

Herr Reuter und Frau Linnartz vom Diakonischen Werk Mainz-Bingen stellen das Konzept zur Ehrenamtsförderung und –beratung vor und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder. Das Projekt MEM - „Mein Engagement in Mainz“ - stellt Anlaufstellen für Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren wollen, zur Verfügung. Das neue Konzept soll weiterhin mit dem Budget gefördert werden, das die ehemalige Ehrenamtsagentur von Stadt und Land erhalten hat.

Im Einklang mit dem soziologischen Ansatz der Sozialraumorientierung sollen vor Ort Netzwerke des ehrenamtlichen Engagements aufgebaut, gefördert und unterstützt werden, da dieses Engagement häufig im Lebensumfeld und der Erfahrungswelt der sich Engagierenden stattfindet. MEM kann organisatorisch an den Römerquellen-Treff angegliedert werden. Gleichzeitig soll eine zentrale und gut erreichbare Anlaufstelle mit zwei wöchentlichen Sprechzeiten im Stadthaus eingerichtet werden. Der Sozialausschuss regt an, auch Außensprechstunden vor Ort, z.B. in den Ortsverwaltungen, in Erwägung zu ziehen. Zudem sollte auch eine Fortbildung bzw. eine Vortragsreihe über die neue EU-Datenschutz-Grundverordnung angeboten werden.

Nachdem der Sozialausschuss mit breiter Zustimmung Kenntnis von dem Konzept genommen hat, werden weitere Verhandlungen mit dem Träger zur Erstellung einer Rahmenvereinbarung aufgenommen. Ziel soll die Aufnahme der Arbeit zum 01.07.2018 sein. Ein Sachstandsbericht an den Stadtrat folgt.

Punkt 7 **Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 06.03.2018 (verschickt am 21.03.18)**

Die Niederschrift über die Sitzung vom 21.03.2018 wird ohne Einwände zur Kenntnis genommen.

Punkt 8 **Mitteilungen**

Auf Initiative der Familienkasse wurde das „Netzwerk Familienleistungen in Mainz“ gegründet. Die Auftaktveranstaltung dazu fand am 12.04.2018 unter Beteiligung der Ministerpräsidentin statt. Weitere Workshops zum Aufbau eines regionalen Netzwerkes werden bis Ende des Jahres folgen. Herr Dr. Lensch wird den Ausschuss über Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen informieren.

Ende der Sitzung: 18:10 Uhr

gez.
.....
Dr. Eckart Lensch
Beigeordneter

gez.
.....
Eric Kuhn
Schriftführung